

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XIX, No. 3–2003

DREI JAHRZEHNTE NEOLIBERALISMUS IN LATEINAMERIKA Bilanz und Perspektiven

Schwerpunktredaktion: Joachim Becker, Karin Fischer, Johannes Jäger

Mandelbaum Edition Südwind

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen
Universitäten

Projekt Internationale Entwicklung / Zentrum für überfakultäre Forschung
der Universität Wien

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer (verantwortl.), Margit Franz, Ingeborg Grau,
Irmi Hanak, Johannes Jäger, Franz Kolland, René Kuppe, Brita Neuhold, An-
dreas Novy, Herwig Palme, Christof Parnreiter, Petra Purkarthofer, Kunibert
Raffer, Andreas Schedler, Anselm Skuhra

Board of Editors:

Dieter Boris (Marburg), John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhals (Leip-
zig), Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda), Peter Jankowitsch
(Paris), Friedrich Katz (Chicago), Helmut Konrad (Graz), Ulrich Menzel
(Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur), Dieter Rothermund (Heidel-
berg), Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston), Osvaldo Sunkel
(Santiago de Chile)

Managing Editor: Karen Imhof

Inhaltsübersicht

4	Editorial
	JOACHIM BECKER, KARIN FISCHER, JOHANNES JÄGER
6	Drei Jahrzehnte Neoliberalismus in Lateinamerika <i>Bilanz und Perspektiven</i>
	HERBERT SCHUI
19	Was eigentlich ist Neoliberalismus
	KAREN IMHOF
35	Finanzkrisen und Neoliberalismus in Lateinamerika
	OLIVER SCHWANK
52	Staat, Markt und Demokratisierung im Entwicklungsprozess
	BERNHARD LEUBOLT
69	Demokratisierung als Alternative zum neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell <i>Das partizipative Budget im brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul</i>
	ANA SILVIA VILKER
87	Argentinien und Venezuela: Zwei unterschiedliche Wege in Zeiten des Neoliberalismus
100	Rezensionen
105	Autoren und Autorinnen
107	Informationen für Autoren und Autorinnen

BERNHARD LEUBOLT

Demokratisierung als Alternative zum neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell

Das Partizipative Budget im brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul

Soll diese neoliberale Freiheit, die Freiheit, unter drohenden Missgeschicken zu wählen, unsere einzig mögliche Freiheit sein? Die verkehrte Welt bedeutet uns, die Wirklichkeit zu ertragen, anstatt sie zu verändern, die Vergangenheit zu vergessen, anstatt ihr zuzuhören, und die Zukunft hinzunehmen, anstatt sie uns vorzustellen (...).

Doch es ist bekannt, dass es, keine Seite gibt, die nicht auch ihre Kehrseite hat. Und es gibt auch keine Schule, die nicht ihre Gegenschule hat.

EDUARDO GALEANO 2001: 16

In Porto Alegre wird seit 1989 die gegenhegemoniale Idee einer umverteilenden Teilhabedemokratie, abseits des liberalen Regierens, verwirklicht. Der Ansatzpunkt für die Teilhabe war das Budget, das als das zentrale wirtschaftspolitische Steuerungsinstrument zur Verteilung öffentlicher Mittel und damit als der materielle Kern des Lokalstaats begriffen wurde (Becker 2001: 193 ff., Leubolt 2003: 44 ff.). Die Teilhabe am Budget kann, in der Sprache der brasilianischen Basisinitiativen als »Schule des Volkes« dienen. Am Beispiel der Budgetpolitik kann den BürgerInnen rasch klargemacht werden, dass öffentliches Handeln ihre Freiheiten und Gestaltungsspielräume beträchtlich erweitern kann, insbesondere für Gruppen, die über weniger Besitz und Einkommen verfügen (Marquetti 2002). Die Menschen werden im öffentlichen Raum politisiert, was eine Existenzbedingung demokratischer Gesellschaften darstellt (Novy 2003: 12).

1999 bis 2002 wurde der brasilianische Bundesstaat Rio Grande do Sul von einer Regierung geführt, deren Hauptkraft die linke Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores – PT) war. In diesem Zeitraum wurde das Konzept des Partizipativen Budgets von der lokalen auf die regionale Ebene übertragen. Dies brachte gegenüber dem lokalen Modell einige Änderungen mit sich. Gleichzeitig eröffneten sich auf bundesstaatlicher Ebene neue Handlungsmöglichkeiten für ein gesellschaftliches Alternativprojekt, da die Handlungsspielräume weitaus größer als auf Gemeindeebene waren. Auf dieser Ebene bot sich die Möglichkeit, durch die Teilhabe der BürgerInnen auch die Produktionsstrukturen politisch zu beeinflussen (Becker 2001: 197 f.): durch Programme zur Arbeitsplatzbeschaffung, die Förde-

rung von Klein-Landwirtschaft und der lokalen Produktion mit dem Ziel einer endogenen Entwicklung »von unten«.

Damit kann von einem praktisch umgesetzten Gegenkonzept zum neoliberalen Dispositiv »There is no alternative« (Margret Thatcher) gesprochen werden. Seit Anfang der 1980er Jahre wird mit dieser Behauptung das neoliberale Gesellschaftsprojekt des »Washington Consensus« legitimiert. Die Grundlage dieser »neoliberalen Schule« bildet ein eingeschränkter, negativer Freiheitsbegriff von KundInnen am Markt, der auf die Freiheit des Konsums der angebotenen Warenfülle reduziert wird – statt das eigene Leben gestalten zu können, wie es ein positiver Freiheitsbegriff ausdrücken würde (Novy 2002: 12 f.). Praktisch zeigt sich das durch die vermehrte Privatisierung vormals öffentlicher Güter, die auf diese Weise in Waren transformiert werden. Dieser Kommodifizierung genannte Prozess erfasst mittlerweile immer mehr Bereiche des vormals öffentlichen Lebens. Im neoliberalen »Wettbewerbsstaat« wird öffentliches Eigentum enteignet und damit aus seinem gesellschaftlichen Zusammenhang gerissen. Dadurch kommt es zur Entpolitisierung der Politik, aus BürgerInnen als TrägerInnen sozialer Rechte werden individualisierte KundInnen (Pelizzari 2003: 61 ff.).

In Brasilien wurde lange Zeit die Entpolitisierung und Privatisierung des Staates zu Gunsten des Establishments betrieben. Während zahlreiche öffentliche Institutionen, wie das Universitäts- und Pensionssystem demontiert, andere wie das Bildungs- und Gesundheitswesen stark geschwächt wurden, wurden die Gläubigerinteressen des Finanzkapitals stets bedient. Die dadurch schrittweise erfolgende Umverteilung in Richtung der Vermögenden wurde diskursiv als »Sachzwang der Globalisierung« maskiert. Diese wurde dabei als ein völlig neuartiges Phänomen vermittelt, das keine anderen Alternativen zulässt, als die der Unterordnung der Interessen der Mehrheit der Bevölkerung unter die der Minderheiten des nationalen Establishments und internationalen Anlegerinteressen (Novy 2000, Novy 2002a). Die größte Welle der Privatisierung von vormaligem Staatseigentum, die mit Verlust abgeschlossen wurde, kam in Begleitung von Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Stagnation (Novy 2000a: 306 f., Oliveira 2002: 99 ff.). Der Staat, der all das veranlasste, blieb währenddessen fest in den Händen des Establishments, das ein Image eines kompetenten Verwalters vermittelte, aber in privaten Räumen über die Zukunft des Landes entschied (Novy 2002a).

1. Eine andere Welt ist möglich – Teilhabe an der Budgeterstellung

Ziel der PT-Regierung in Rio Grande do Sul war hingegen, dass der über Jahrhunderte privatisierte Staat durch Teilhabe an staatlichen Entscheidungsprozessen wieder öffentlich gemacht werden sollte. Somit wurde der privilegierte Zugang des Establishments zum Staat unterbunden und damit die vorherrschende Macht-

struktur geschwächt. Die vormaligen bestehenden persönlichen Kriterien des privatisierten Staats zur Verteilung der Mittel »von oben« führten zu den Praktiken des »Austauschs von Gefälligkeiten« (troca de favores) und Klientelismus. Viele PolitikerInnen konnten sich so die eigene Machtbasis durch die Vergabe von öffentlichen Mitteln als persönliche »Geschenke«, im Austausch für die Stimmen ihres politischen Klientels, sichern. In diesem Konzept verschwammen die Grenzen von öffentlichem und privatem Bereich (Fedozzi 2001: 94).

Im öffentlichen Staat hingegen sollten diese Sphären deutlich abgegrenzt werden. Öffentlichkeit definiert sich dabei als kommunikativer Raum zwischen bürgerlicher Privatsphäre und Staat. Sie ist gekennzeichnet durch den freien, allgemeinen, ungehinderten Zugang des Publikums, durch Publizität und damit durch die Möglichkeit der Kritik am autoritären Staat sowie die autonome Selbstentscheidung des Bürgers (Reese-Schäfer 2001: 34 f.). Der universelle Zugang zu den staatlichen Entscheidungen wird durch objektivierte und universelle Kriterien abgesichert, die transparent und demokratisch erstellt und kommuniziert werden (Fedozzi 2001: 94). Durch Diskussionen in den deliberativ-demokratischen Entscheidungsgremien des Partizipativen Budgets soll soziales Lernen ermöglicht werden. Deliberation bedeutet Entscheidung durch Diskussion statt durch Befehl. Im Entscheidungsprozess müssen daher auch die Gründe für die jeweilige Entscheidung öffentlich gemacht werden (Reese-Schäfer 2001: 102, ausführlicher dazu Leubolt 2003a).

Durch die direkte Konfrontation von verschiedenartigen Individualinteressen soll die Wahrnehmung der Interessen der anderen TeilnehmerInnen ermöglicht werden und damit die Berücksichtigung von kollektiven Interessen seitens der Individuen. Die einzelnen TeilnehmerInnen lernen im öffentlichen Diskurs, ihre persönlichen Bedürfnisse zu öffentlichem Interesse zu transformieren. Somit kann eine »staatsbürgerliche Sprache« entwickelt werden, die nicht auf abstrakten Rechten und Pflichten beruht, sondern darauf, gemeinsame Probleme zu thematisieren und gemeinschaftlich Lösungen dafür zu finden (Baiocchi 2002: 26). Außerdem soll ermöglicht werden, dass die vormalig marginalisierten BürgerInnen ihre Forderungen und ihr Wissen in die öffentliche Diskussion einbringen können (Schwaiger 1997: 12). Durch die auf diese Weise ermöglichte endogene Entwicklung »von unten« soll nicht mehr vordergründig die kleine Gruppe des Establishments vom Staat profitieren, sondern stattdessen die Mehrheit der Bevölkerung dazu ermächtigt werden, am Staat teilzuhaben.

2. Rio Grande do Sul – ein Sonderweg mit Geschichte

Rio Grande do Sul (RS) ist der südlichste Bundesstaat Brasiliens. Im Jahr 2000 lebten auf einer Fläche von 282.062 km² 10.179.801 Menschen, bei einem

Urbanisierungsgrad von 81,64% und einer Bevölkerungsdichte von 36 EinwohnerInnen/km² (FEE 2001). Es bestehen einige Unterschiede zum restlichen Brasilien, da die sozio-ökonomische Geschichte dort einen anderen Lauf nahm. Rio Grande do Sul lag während Brasiliens Konstituierung als Nation in einem umkämpften Gebiet, da auch Argentinien Besitzansprüche erhob. Aufgrund dieses Konflikts, im Zuge dessen Uruguay 1828 als »Pufferstaat« gegründet wurde, versuchte Brasilien das Gebiet durch die Ansiedelung von Wehrbauern im nördlichen Hügelland Rio Grande do Suls abzusichern. Die Besiedelung durch Kleinbauern stand im Gegensatz zur sozio-ökonomischen Struktur Brasiliens, die durch die sklaverei-basierte Ökonomie und katastrophale strukturelle Ungleichheiten gekennzeichnet war (Novy 2001: 81 ff.). Ab der Zeit der »Alten Republik« (1889-1930) waren in Rio Grande do Sul politisch vorwiegend die Interessen dieser SiedlerInnen und des entstehenden urbanen Mittelstandes bestimmend (Novy 2001: 92). Im Rahmen einer »positivistischen Entwicklungsdiktatur« hatte das Parlament nur minimalen Einfluss. Die praktizierte Politik der »konservativen Modernisierung« zielte auf die Erweiterung der Infrastruktur und die Förderung der kleinen Landwirtschaft ab (Becker o.J.: 1 f.). Im Vergleich zum restlichen Brasilien war die Industriestruktur von RS dann auch durch einen niedrigeren Grad der Oligopolisierung, eine höhere Anzahl von Klein- und Mittelbetrieben und eine geringere Zahl von transnationalen Konzernen geprägt. Die bis zur Militärdiktatur betriebene Politik bestand in der Förderung der Industrialisierung des Bundesstaats, teilweise durch Verstaatlichungen. Der diktatorisch-zentralistische Kurs der Militärs ab 1964 beendete jedoch den Versuch, eine eigenständige reformistische Politik zu etablieren (Becker o.J.: 4).

Als das danach folgende hohe wirtschaftliche Wachstum des »tropischen Fordismus« der Militärdiktatur schrumpfte und Brasilien in eine schwere Wirtschaftskrise fiel, konnte sich das Militärregime nicht mehr legitimieren. Soziale Bewegungen mobilisierten für die Verbesserung des Lebensstandards und Demokratisierung. Eine vergleichsweise progressive demokratische Verfassung entstand 1988, die den lokalen Verwaltungseinheiten wieder höhere finanzielle Mittel und größere Kompetenzen zugestand sowie demokratische Mitspracherechte festlegte (Becker o.J.: 5). In den 1990er Jahren jedoch zentralisierte der Zentralstaat die finanziellen Mittel wieder, was die vorher erreichten lokalen Handlungsspielräume beträchtlich verringerte (Pont 2003: 14 f.). Die Regierung von Rio Grande do Sul reagierte bis 1998 mit einer Welle von Privatisierungen, oftmals in die Hände von transnationalen Konzernen (TNK). Außerdem wurde im so genannten »Fiskalkrieg« versucht, über hohe staatliche Subventionen an TNK deren Ansiedelung im Bundesstaat zu bewirken – im Standortwettbewerb mit den übrigen brasilianischen Bundesstaaten. Das brachte die Klein- und Mittelbetriebe als wirtschaftliche Grundlage

Rio Grande do Sul in Bedrängnis, besonders im landwirtschaftlichen Sektor (Becker o.J.: 7, Faria 2002: 5). Hier setzte die Regierung der PT zwischen 1999 und 2002 andere Akzente.

3. Das Partizipative Budget und seine Institutionalisierung

Olívio Dutra, 1989 bei der Einführung des Partizipativen Budgets Bürgermeister in der Hauptstadt von Rio Grande do Sul, Porto Alegre, gewann 1998 die Wahl zum Gouverneur des Bundesstaates. Das Programm des Kandidaten der PT fußte auf drei Zielsetzungen: der Teilhabe am Staat, der Solidarität und der nachhaltigen endogenen Entwicklung (Faria 2002: 6). Insbesondere die Einführung der Teilhabe über das Partizipative Budget auf dieser höheren, bundesstaatlichen Ebene stellte eine spektakuläre institutionelle Umsetzung von Volksbeteiligung dar, die viel zur Ermöglichung der anderen beiden Zielsetzungen beitragen sollte. In Rio Grande do Sul konnte bei der Einführung des Partizipativen Budgets direkt auf die Erfahrungen aus Porto Alegre zurückgegriffen werden. Insbesondere bei der Zusammensetzung des leitenden Personals im Bundesstaat bestanden starke personelle Überlappungen zum Team, das schon in Porto Alegre für die Einführung des Partizipativen Budgets verantwortlich war. Durch die dort in zehn Jahren gesammelten Erfahrungen gab es schon eine Perspektive – sowohl seitens der Regierung wie auch der Bevölkerung. Dadurch war die Einführung der Teilhabe am Budget im Bundesstaat einfacher, trotz der komplexeren Größenverhältnisse und einer höheren Zahl an AkteurInnen (Interview: Charão, 21.08.02).

Rio Grande do Sul wurde für die Durchführung des Partizipativen Budgets anfangs in 22 Regionen geteilt, um die regionalen Unterschiede und Besonderheiten stärker berücksichtigen zu können. Es handelte sich jedoch nicht um einen reinen Dezentralisierungsprozess »von oben«, da ermöglicht wurde, dass sich im Rahmen demokratischer Prozesse neue Regionen bilden konnten, was 2001 zur Gründung einer 23. Region führte. Die Vorgangsweise bei der Dezentralisierung schloss in wesentlichen Punkten an jene Porto Alegres an und stand damit im Gegensatz zur neoliberalen Vorgehensweise, bei der die Mittelaufbringung vielfach gleichzeitig mit der Mittelverwendung dezentralisiert wird. Durch die höheren Steuereinkünfte reicherer Regionen, die ihnen direkt zufließen, kommt es daher zu einer Vergrößerung der sozialen Ungleichheiten durch Polarisierung. Das wirkt sich verheerend auf die Bevölkerung der ärmeren Regionen aus (vgl. Parnreiter et al. 2002). In Porto Alegre und Rio Grande do Sul wurde dagegen die zentrale Verteilung der lokalstaatlichen Ressourcen unter den Regionen demokratisch festgelegt, was von zentraler Bedeutung für die Entstehung von distributiver Gerechtigkeit war (Leubolt 2003: 49). Auch die finanziellen Transfers zu den einzelnen Regionen und Gemeinden wurden transparent und demokratisch gestaltet. Das Verfah-

Der demokratische Budgetentstehungsprozess, der direktdemokratische Instrumente mit repräsentativ-demokratischen Gremien verbindet, wird in Abbildung 1 graphisch dargestellt und anschließend analysiert.

Vorbereitungsphase
(Jänner - Februar)

Diskussionsgrundlage

Thematische Entwicklungsforen
23 Regionen
(März)

Diskussionsgrundlage bezüglich Entwicklung der Region

Regionale Pläne für Richtlinien in den 23 Regionen (März)

Öffentliche Gemeindeforen
(März - Juni)

Wahlen

Regionale Pläne der Delegierten
(Juli - September) - 23 Regionen

- 1. Runde - Vorabstimmung
- 2. Runde - endgültige Abstimmung der Regionen

Wahlen

Repräsentative Kommission der Delegierten
wöchentliche Sitzungen mit Regierung und Delegierten

Wahlen

Vorschläge, Vorbereitung der Abstimmung

Rat des Partizipativen Budgets - COP
(ab Juli, für 1 Jahr gewählt) - für den gesamten Bundesstaat

Demokratisches Forum
(September - November)
Initiative d. Legislative

(September) Übergabe des Budgetvoranschlags

Parlament (Legislative)
Beschluss d. Budgets

Überarbeitung des Budgets

Autonome Steuerung
(Nov. - Dez.)

Vorschläge

Vorschläge seitens der Bevölkerung

Legende

- Direktdemokratische Gremien oder Prozesse
- Repräsentativ-demokratische Gremien
- Legislative

Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf: GRC/ GOF 2002: 6f

74

3.1. Kreislauf der demokratischen Budgeterstellung in Rio Grande do Sul

Jeweils im Jänner und Februar wurde der Prozess der Budgeterstellung vorbereitet. Die Bevölkerung wurde von der Existenz des Partizipativen Budgets informiert und in weiterer Folge zur Teilhabe mobilisiert. Innerhalb der Regionen nahmen Regional KoordinatorInnen diese Aufgabe wahr, die als »mobile administrative Zentren« für den direkten Kontakt zu den lokal ansässigen BürgerInnen in den einzelnen Regionen zuständig waren. Der Terminplan für die Sitzungen des Partizipativen Budgets des betreffenden Jahres innerhalb der Regionen wie auch deren Aufteilung in Mikroregionen wurde während der Vorbereitungsphase bestimmt, um die Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigen zu können. In weiterer Folge fanden in den Regionen und Mikroregionen vorbereitende Sitzungen statt. Hier wurde mit wichtiger Bildungsarbeit in Bezug auf Budgetfragen und Fragen der staatlichen Planung begonnen. Damit konnte erreicht werden, dass die teilhabende Bevölkerung von Anfang an mit den notwendigen Informationen versorgt wurde. Das ist wichtig, da laut Dagnino (2002: 284) »spezielles technisches Wissen vorausgesetzt wird, über das die Zivilgesellschaft oft nicht verfügt, besonders nicht die marginalisierten Sektoren«. Der Erwerb dieses technischen Wissens war, gemeinsam mit dem politischen Lernen im öffentlichen Raum, maßgeblich für die Ermächtigung der teilhabenden Bevölkerung verantwortlich.

Darauf folgend fanden im März die Regionalplena für Richtlinien (Plenárias Regionais de Diretrizes) in der jeweiligen Hauptstadt der Region statt. Mit Hilfe von Analysen der Regierung wurde in diesen direkt-demokratischen Gremien mit der Diskussion über regionale Richtlinien für die Errichtung öffentlicher Einrichtungen und Leistungen begonnen, über die noch am gleichen Tag in den thematischen Entwicklungsforen (Assembléias Regionais Temáticas de Desenvolvimento) weiter diskutiert und abgestimmt wurde. Somit wurde hier die Grundlage für die Entwicklung innerhalb der Regionen des Bundesstaats festgelegt. Außerdem wurden Delegierte gewählt, um die dort festgelegten Prioritäten der Regionalentwicklung in den nachfolgenden regionalen Foren der Delegierten zu vertreten (GRC/GOF 2002: 7). Als nächster Schritt, von der zweiten Märzhälfte bis Ende Juni, folgten die öffentlichen Gemeindeforen (Assembléias Públicas Municipais). Dort wurde einerseits die regional begonnene Diskussion der Entwicklungsprogramme auf Gemeindeebene fortgeführt, andererseits wurden die konkreten Projekte öffentlicher Einrichtungen und Leistungen diskutiert. Anschließend fand eine Abstimmung über beide Bereiche für die Gemeindeebene und die Wahl der Delegierten statt, die diese Entscheidungen in weiterer Folge vertreten sollten (GRC/GOF 2002: 7).

Zwischen Juni und Anfang September folgten die Regionalforen der Delegierten (Plenárias dos Fóruns Regionais de Delegados). Sie stellten die erste reprä-

sentative Instanz dar, deren Delegierte in den beiden vorhergehenden Durchgängen gewählt wurden. Es wurden zwei große Sitzungen aller Delegierten sowie die Wahl der repräsentativen Kommissionen (Comissões Representativas de Delegados) für die einzelnen Bereiche durchgeführt. Diese wichtigen Organe waren auf Regionsebene zuständig, die Gewichtung der Forderungen zur Erstellung des regionalen Investitions- und Dienstleistungsplans (Plano de Investimentos e Serviços – PI) zu koordinieren, der die staatlichen Entwicklungsprogramme wie auch die genaue Auflistung aller geplanten Investitionen in Einrichtungen und Dienstleistungen enthält. Die repräsentativen Kommissionen fungierten als wichtiges Verbindungsglied zwischen den Delegierten und der Regierung. Dadurch wurde es einerseits möglich, auch bei der hohen Zahl an TeilnehmerInnen in den Regionen noch gehaltvolle Debatten durchzuführen; andererseits wurde der Charakter der Selbstorganisation der Beteiligten dadurch gestärkt, da die Delegierten der repräsentativen Kommissionen auch unabhängig von der Regierung mit den übrigen Delegierten wie auch den RepräsentantInnen des Rats des Partizipativen Budgets (Conselho do Orçamento Participativo – COP) zusammenarbeiteten.

Während der beiden Sitzungen der regionalen Foren wurden seitens der Regierung Informationsgrundlagen für die Entscheidungen präsentiert. Der regionale Budgetvoranschlag einschließlich des PI wurden beschlossen und anschließend an den COP weitergeleitet. Außerdem wurden die RepräsentantInnen für den COP gewählt (GRC/ GOF, 2002: 8 ff.). Der Rat des Partizipativen Budgets wurde Mitte Juli als höchstes Entscheidungsorgan der staatlichen Exekutive in Budgetfragen für ein Jahr angelobt. Die zuvor gewählten RepräsentantInnen diskutierten und beschlossen den Investitions- und Dienstleistungsplan und den Budgetvoranschlag des gesamten Bundesstaats in mehreren Sitzungen mit der Regierung. Die RepräsentantInnen im COP erhielten bei Amtsantritt eine Schulung in Budgetfragen des öffentlichen Haushalts, um die benötigten technischen Kenntnisse der teilhabenden Bevölkerung zu gewährleisten. Damit wurde auch die Arbeit in der repräsentativen Kommission erleichtert, da das Wissen von den RepräsentantInnen an die Delegierten dieser Kommission weitergegeben wurde (Interview: Gruginskie, 14.08.02). Mitte September wurde der Budgetvoranschlag an das bundesstaatliche Parlament überstellt. Die RepräsentantInnen des COP überwachten anschließend die korrekte Realisierung der beschlossenen Projekte (CRC/GOF 2002: 8 ff.).

Die hohen Beteiligungszahlen am Partizipativen Budget – von 190.000 Personen 1999 über die Höchstzahl von 378.340 im Jahr 2001 bis 333.040 im Jahr 2002 (www.estado.rs.gov.br. 2002) – stellen die Akzeptanz des demokratischen Entscheidungsgremiums seitens der BürgerInnen deutlich unter Beweis. Bemessen an 7,2 Mio. wahlberechtigten StaatsbürgerInnen sind diese Zahlen sehr ein-

drucksvoll: 2001 waren es 5,32%, die innerhalb eines Jahres regelmäßig an Sitzungen teilhatten (Marques und Porto 2002: 18).

3.2. Interne Reglementierung – autonome Steuerung

Jeden November fand eine weitere direkt-demokratische Versammlung unter Einbeziehung der Delegierten statt, um den Budgeterstellungsprozess des abgelaufenen Jahres zu evaluieren. Innerhalb des Prinzips der autonomen Steuerung sollte der Prozess laufend perfektioniert werden. Die in den Regionen erhobenen Änderungsvorschläge wurden dann im Dezember zum COP weitergeleitet, wo letztendlich die Entscheidungen über diese Änderungen getroffen wurden (Interview: Gruginskie, 21.08.02). Die autonome Steuerung des Partizipativen Budgets stellte einen sehr wichtigen Aspekt dar. So konnte sichergestellt werden, dass das Partizipative Budget ein gestaltbarer Prozess blieb und nicht zu einer fertigen, unveränderbaren Formel wurde. Die teilhabende Bevölkerung konnte den Prozess evaluieren und anschließend gleich verbessern. Daher konnte einerseits die Dynamik der Sitzungen laufend perfektioniert, andererseits aber auch die interne Reglementierung demokratisch bestimmt und verändert werden (Interview: Charão, 21.08.02).

Dieser Prozess der autonomen Steuerung war auch die offizielle Begründung der Exekutive, kein eigenes Gesetz für das Partizipative Budget zu erlassen (Interview: Charão, 21.08.02). Damit wurde der Einfluss der Legislative, die in Brasilien unabhängig von dem/r Gouverneur/in gewählt wird, auf den Prozess der Budgeterstellung verhindert. In Rio Grande do Sul stellte zwischen 1999 und 2002 zwar die PT den Gouverneur, hatte jedoch im Parlament keine Mehrheit, wo es zu zahlreichen Konflikten kam und der Regierung eine teilweise scharfe Opposition erwuchs. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wäre zu befürchten gewesen, dass die Teilhabe durch den Einfluss der ParlamentarierInnen verwässert oder die jährliche Perfektionierung des Prozesses seitens seiner TeilnehmerInnen verhindert würde. Mit der Einbindung des Parlaments in diesen Prozess – möglicherweise unter Einbeziehung des demokratischen Forums – hätte jedoch die rechtliche Absicherung und die politische Akzeptanz des Partizipativen Budgets erhöht werden können.

3.3. Demokratisches Forum – parlamentarisches Gegenmodell zum Partizipativen Budget oder erweiterte Demokratisierung des Regionalstaates

Das Parlament des Bundesstaates empfing Mitte September den Budgetvoranschlag der Exekutive, um bis November Einsicht nehmen zu können. Falls die ParlamentarierInnen mit einzelnen Punkten nicht einverstanden waren, konnten sie Veränderungen (emendas) vornehmen. Dieses Recht, das Budget zu verändern,

wurde von Parlamentariern vielfach wahrgenommen, um die Region ihrer Wählerbasis klientelistisch zu berücksichtigen. Außerdem wurden in dieser Phase Volksanträge (*emendas populares*) für Investitionsforderungen seitens der Bevölkerung berücksichtigt (Faria 2002: 10 ff.). Die Berücksichtigung der lokalen Bedürfnisse und die Dezentralisierung der bundesstaatlichen Regierung wurden jedoch dann durch das Partizipative Budget öffentlich wahrgenommen, unter Vermeidung des vormalig existierenden Klientelismus. Daher befürchtete die Regierung, dass die schon erfolgte Teilhabe an der Planung durch diese Veränderungen zunichte gemacht würde (Interview: Souza, 03.12.02). Die Legislative wollte sich jedoch ihres Rechts, Veränderungen am Budgetvoranschlag durchführen zu können, nicht berauben lassen (Faria C. 2002: 13). Das Partizipative Budget wurde kritisiert als eine »Form der Legitimation des Regierungsprojekts, die die Möglichkeiten der ParlamentarierInnen einschränkt, Veränderungen oder Vetos einzubringen« (Interview: Präsident des Parlaments, in Faria C.: 26). Daher wurde auf Initiative der Legislative das demokratische Forum gegründet (Faria C. 2002: 13 ff.). Claudia Feres Faria hob besonders die Bedeutung der Ausweitung der BürgerInnenbeteiligung in die Einflussphäre der Legislative und die daraus entstandene »Welle der Teilhabe« in Rio Grande do Sul hervor (2002: 14). Jedoch wurde das demokratische Forum als Gegeninitiative zum Partizipativen Budget gegründet (Souza 2000: 6). Daher konnten kaum umstrittene Projekte aus dem Zuständigkeitsbereich der Legislative, wie z. B. die von der Regierung geforderte progressive Steuerreform, in diesem Rahmen entschieden werden (Interview: Souza, 03.12.02).

Das demokratische Forum sollte es ermöglichen, dass die ParlamentarierInnen weiter ihre Änderungen und Vetos bezüglich des Budgets einbringen können, um ihre Klientelbasis zu erhalten. De facto konnte jedoch die Zahl der präsentierten Änderungsanträge stark reduziert werden. Durch das Bestehen des demokratischen Forums konnte daher die vormalig praktizierte klientelistische Einflußnahme stark eingeschränkt werden. Obwohl das demokratische Forum keinen deliberativen Charakter hatte, konnte dennoch eine gehaltvolle Debatte zwischen ParlamentarierInnen, der Regierung und der Gesellschaft entstehen. Im Rahmen des demokratischen Forums wurden nur geringfügige Veränderungen vorgenommen, und damit die Entscheidungen des Partizipative Budget im Wesentlichen akzeptiert und bestätigt (Souza 2000: 6). Durch die Einführung des demokratischen Forums konnte der Grad der Demokratisierung des Bundesstaats – durch die Ausweitung in den Bereich der Legislative – eindrucksvoll erhöht werden.

4. Von Techno-Bürokratie zu Techno-Demokratie

Der staatlichen Information und Planung kommt bei der Herausbildung einer Techno-Demokratie eine zentrale Bedeutung zu. Für die erfolgreiche Umsetzung des Teilhabekonzepts sind zum einen die Kenntnisse der Bevölkerung bezüglich der technischen und formalen Erfordernisse und Vorgehensweisen wesentlich. Daher war es besonders wichtig, die vormals vorherrschende technisch-bürokratische Sprache in eine für die Bevölkerung verständliche zu »übersetzen«. Dieser Prozess wurde von Santos (2002: 539 ff.) als essentiell für den Übergang von einer Techno-Bürokratie zu einer Techno-Demokratie angesehen. Für die effektive Demokratisierung der staatlichen Planung war zum anderen die demokratische Erstellung der technischen Verteilungsprioritäten und -kriterien zwischen den Regionen und Gemeinden des Bundesstaats besonders wichtig. Dadurch konnten die wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen demokratisch beschlossen werden. Die Festlegung dieser Kriterien wurde im Zuge der autonomen Selbststeuerung vorgenommen und jedes Jahr perfektioniert. Die im Jahr 2002 gültigen Verteilungskriterien waren folgende:

- (i) Bedürftigkeit der Gemeinde bezüglich Leistung oder Infrastruktur (Gewichtung 4) – die Erhebung der Mängel erfolgte nach jeweils festgelegten, individuell abgestimmten Kriterien (GRC/GOF 2002: 12).
- (ii) Thematische Investitionspräferenz der Region (Gewichtung 3) – hier flossen die Wünsche der Bevölkerung ein, indem jede/r Bürger/in die drei bevorzugten Programme angab und nach Punkten reihte sowie die
- (iii) Bevölkerungszahl in der Region (Gewichtung 2).

Die Regierung verteidigte auch im Bundesstaat besonders das Kriterium der Bedürftigkeit. Mit Augenmerk auf die Zielsetzung der tendenziellen Umverteilung des Vermögens von den Besitzenden zu den Besitzlosen bzw. die bevorzugte Behandlung der letzteren, ist dieser Indikator sehr wichtig. Schon in Porto Alegre konnte die Verwendung des Bedürftigkeitskriteriums zu mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung öffentlicher Mittel beitragen (Marquetti 2002, Leubolt 2003: 49 f.). Auffällig ist weiters, dass »Effizienz« nicht unter diesen Kriterien zu finden ist. Die Regierung berechnete jedoch die Folgekosten von geplanten Investitionen und machte gegebenenfalls kostengünstigere Alternativvorschläge, um der Verschwendung staatlicher Mittel vorzubeugen (Interview: Souza, 03.12.02). Durch die demokratisch erstellten Verteilungskriterien öffentlicher Mittel konnte die politische Zielsetzung der Solidarität praktisch umgesetzt werden und verlor damit den Status eines bloßen Lippenbekenntnisses oder Wahlversprechens.

5. Probleme bei der Einführung des Partizipativen Budgets

Durch die reichen Erfahrungen aus zehn Regierungsjahren in Porto Alegre wurde die Einführung des Partizipativen Budgets 1999 im Bundesstaat erheblich erleichtert. Trotzdem stellten sich die Verhältnisse des Bundesstaates doch um einiges vielschichtiger dar als in der Stadt, besonders in Anbetracht der komplexeren Struktur der AkteurInnen und der größeren Distanzen in der Region. Daher war die Berücksichtigung von langfristiger strategischer Planung besonders wichtig. Dies stand jedoch im Widerspruch zum einjährigen Planungshorizont des Partizipativen Budgets (De Toni 2002: 966 f.). Während der ersten vier Jahre wurden noch keine ergänzenden demokratischen Kommissionen zur Berücksichtigung langfristiger Planung eingeführt (Interview: Souza, 03.12.02). Das scheint jedoch auch vor dem Hintergrund verständlich, als sich die versuchte Umsetzung der Demokratisierung des Mehrjahresplans bereits in Porto Alegre als sehr schwierig herauskristallisiert hatte und die armen, weniger gebildeten Schichten nicht an diesem Prozess teilgenommen hatten (Abers 2000: 150). Zusammenfassend kann daher ein Dilemma konstatiert werden, das durch die teilweise mangelhafte Einbindung der thematischen Delegierten in den Budgeterstellungsprozess verstärkt wurde (Interview: Gruginskie, 14.08.02).

Auch war die politische Konjunktur schon stark verändert. 1989 standen im Zuge der Demokratisierung und der in diesem Kontext erstellten Verfassung, die größere lokale Autonomien gewährte, noch viele neue Möglichkeiten offen. In den 1990er Jahren wurde jedoch die finanzielle Autonomie der Bundesstaaten faktisch wieder eingeschränkt. Der Widerstand des Establishments gegenüber der Machtabtretung zugunsten des Partizipativen Budgets war viel stärker als 1989 in Porto Alegre. 1996 wurde das Partizipative Budget Porto Alegres auf der UN-Habitat Konferenz als weltweite »best practice« lokaler Regierungen prämiert und mittlerweile in unterschiedlicher Ausprägung in 140 brasilianischen Gemeinden und in einer wachsenden Zahl von Städten außerhalb Brasiliens implementiert (Leubolt 2003: 44). Diese Erfolgsgeschichte des Partizipativen Budgets seit 1989 wurde für die Wahlerfolge der PT in Porto Alegre verantwortlich gemacht. Das war der Opposition eine Warnung, so dass sie im Bundesstaat sehr entschieden Widerstand leistete (Schneider/Goldfrank 2002: 4 ff.). Die radikale Demokratisierung von Entscheidungsprozessen produzierte scharfe Ablehnung – seitens klientelistisch agierender BürgermeisterInnen und ParlamentarierInnen, der Medienoligarchie des größten Nachrichtenkonzerns RBS, aber auch seitens tendenziell einbeziehbaren Sektoren des erweiterten Staats und der Zivilgesellschaft. Das Partizipative Budget war als Gegenmachtmodell zu den Oligarchien geplant, jedoch wurden auch Widerstände produziert, die durch eine größere Dialogbereitschaft eventuell vermeidbar gewesen wären.

6. Auswirkungen auf die Entwicklung von Rio Grande do Sul

Schon im Regierungsprogramm der PT bildete die Förderung der nachhaltigen endogenen Entwicklung eine der drei tragenden Säulen. Die Entscheidungen des Partizipativen Budgets sollten diese Zielsetzung unterstützen, da nun die Betroffenen selbst über die Verwendung der staatlichen Mittel entscheiden konnten. Der für Rio Grande do Sul prägende landwirtschaftliche Sektor wurde zur obersten Priorität erklärt. In diesem Bereich wurde auf drei Säulen gesetzt: die Stärkung der landwirtschaftlichen Familienbetriebe, die Entwicklung agroindustrieller Systeme und eine Agrarreform (GOF/GRC 2002a: 5). Im Zuge der Agrarreform konnte 4.780 Familien eine Gesamtfläche von 70.000 ha Land zugewiesen werden (Faria 2002). Für die landwirtschaftlichen Familienbetriebe waren die Errungenschaften bemerkenswert. Das jährliche Wachstum des BIP des primären Sektors war dann auch zwischen 1999 und 2001 deutlich überdurchschnittlich (Faria 2002a). Dazu trugen unter anderem Veränderungen bei der Vergabe von Mikrokrediten bei. Dabei wurde der öffentliche Charakter der Staatsbank BANRISUL deutlich – nicht nur die öffentlichen Zuschüsse, auch die Bedingungen für die Kredite konnten demokratisch beschlossen werden. Die Privatisierung der BANRISUL, die von der vorhergehenden Regierung schon vorgesehen war, wurde von der PT-Regierung gestoppt. Damit war Rio Grande do Sul der einzige brasilianische Bundesstaat, der seine Staatsbank nicht privatisiert hatte. Vor diesem Hintergrund gelang es sogar, den öffentlichen Charakter in der bundesstaatlichen Verfassung zu verankern (Becker o.J.). Weiters ist die starke Berücksichtigung des Bildungsbereichs auffällig. Die spektakulärste Investition war dabei sicherlich die Errichtung der bundesstaatlichen Universität. Diese wurde nicht an einem Ort gebaut, sondern auf die Regionen aufgeteilt, unter Berücksichtigung der lokalen Strukturen und Bevorzugung der bedürftigeren Regionen (GERS 2002). Auch die Maßnahmen, die zur Förderung der lokalen Produktion ergriffen wurden, waren bemerkenswert. So konnten durch die Einrichtung von 81 lokalen Zentren für wirtschaftliche Entwicklung, die den Unternehmen administrative und technologische Unterstützung gewährten, wichtige Impulse für die Klein- und Mittelbetriebe gesetzt werden (Faria 2002: 9).

Die im Zuge des »Fiskalkriegs« von der Regierung Britto (1995-1998) geplante Ansiedlung von General Motors- und Ford-Werken in Rio Grande do Sul ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert. Diese beiden Werke sollten insgesamt staatliche Subventionen im Wert von vier Mrd. US\$ erhalten, die die folgende PT-Regierung (1999-2002) bestreiten hätte müssen (Novy 2001: 154). Der neue Gouverneur forderte die beiden Konzerne zu Neuverhandlungen auf. GM akzeptierte geringere staatliche Subventionen, während Ford in den Bundesstaat Bahia abwanderte. Dieser Fall verdeutlicht die geänderte Förderungspolitik für

Unternehmen – Priorität genossen eindeutig die lokalen Klein- und Mittelbetriebe und nicht mehr die transnationalen Konzerne. Diese Prioritätensetzung knüpfte an die bestehende eher mittel- und kleinbetriebliche Struktur an. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der durch die Teilhabe begünstigten endogenen Entwicklung waren beachtlich. Das BIP pro Kopf wuchs zwischen 1999 und 2001 in Rio Grande do Sul beträchtlich stärker (11%) als in Brasilien insgesamt (6,8%) (Faria 2002a: 6). Bezüglich der Arbeitslosenraten konnten leichte Verbesserungen verzeichnet werden, speziell im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit. Trotzdem blieb die Arbeitslosigkeit hoch, wie im gesamten brasilianischen Staat (Faria 2002a: 15 f.). Trotz der Verbesserungen durch die verstärkte Förderung lokaler Strukturen konnte jedoch der makroökonomische Trend Brasiliens nicht überwunden werden. Die Möglichkeiten dazu waren durch die Re-Zentralisierung staatlicher Mittel im Zuge des Finanzausgleichs und die stagnierende brasilianische Wirtschaft beschränkt (Faria 2002).

7. Schlussfolgerungen

Rio Grande do Sul konnte zu keiner »flourierenden Oase in der neoliberalen Wüste« werden; die schwache wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas zeigte auch hier ihre Auswirkungen. Jedoch konnte gezeigt werden, dass es möglich ist, einen anderen Entwicklungspfad einzuschlagen. Vorhandene staatliche Handlungsspielräume konnten durch die Teilhabe an der Budgeterstellung aufgedeckt und von den lokalen AkteurInnen genutzt werden. Um tief greifende Veränderungen zu bewirken, war die Zeit einer Legislaturperiode wohl zu kurz, insbesondere unter Berücksichtigung der anfänglichen finanziellen Schwierigkeiten. Die 2002 im Zeichen einer Finanzkrise stattfindenden Gouverneurswahlen wurden vom Kandidaten der PT, Tarso Genro, knapp verloren. Damit taten sich einige Fragen bezüglich der vergangenen vier Jahre auf, da die Arbeit der Regierung durch die Wahlniederlage nicht bestätigt wurde – im Gegensatz zu Porto Alegre, wo die PT nun in der vierten aufeinander folgenden Legislaturperiode regiert. Klientelistisch agierende ParlamentarierInnen und BürgermeisterInnen, die ihre Machtbasis gefährdet sahen, übten fortwährend scharfe oppositionelle Kritik. Sie boykottierten beispielsweise anfangs durch eine gerichtliche Anfechtung die Durchführung des Partizipativen Budgets und blockierten wichtige politische Vorhaben der Regierung (Interview: Souza, 03.12.02). Auch die in Südbrasilien beinahe monopolistisch agierende Medienagentur RBS schloss sich dem oppositionellen Tenor in ihrer Berichterstattung an. Bis zur Wahl 2002 entstand somit eine noch nie da gewesene einheitliche Front gegen die von der PT geführte Regierung. Bezüglich der Wahlniederlage ist jedoch eine weitreichendere Analyse notwendig, um zu verstehen, warum relative wirtschaftliche Erfolge und spektakuläre demo-

kratische Errungenschaften nicht ausreichend kommuniziert und spürbar gemacht werden konnten (<http://agenciartamainor.uol.com.br>, 04.11.02). Die Erfahrungen aus Rio Grande do Sul haben aber trotzdem gezeigt, dass Alternativen auch in einer von internationalen Geldgeberinstitutionen und geopolitischen Interessen der USA geprägten Welt möglich sind. Eine dieser Alternativen setzt an der Teilhabe am öffentlichen Raum an. Dieser Prozess soll ermöglichen, dass der Staat nicht mehr als privatisierter Machtraum einiger Privilegierter, sondern als kollektives Eigentum seiner BürgerInnen wahrgenommen wird. Somit wird die Gesellschaft nicht mehr von der Minderheit des Establishments aus nationalen Oligarchien und internationalem Finanzkapital regiert, sondern von der lokalen Bevölkerung demokratisch gestaltet.

Literatur

- Abers, Rebecca Neaera. 2000. *Inventing Local Democracy – Grassroots Politics in Brazil*. Colorado: Lynne Rienner Publishers.
- Arruda, Marcos. 2000. *External Debt – Brazil and the International Financial Crisis*. London/Sterling, Virginia: Pluto Press.
- Baiocchi, Gianpaolo. 2003. »Emergent Public Spheres: Talking Politics in Participatory Governance.« Manuskript. http://www.democraciaparticipativa.org/English/Arquivos/gianpaolo_emergent.pdf, 12.06.2003.
- Becker, Joachim. o.J. »Economic Restructuring and Local Governance in Europe and Latin America: comparing Vienna and Munich with Montevideo and Porto Alegre.« Unveröffentlichtes Manuskript.
- Becker, Joachim. 2001. »Der progressive erweiterte Staat: Zivilgesellschaft, Lokalstaat und partizipatives Budget in Porto Alegre.« *Journal für Entwicklungspolitik*, Nr. 1 (2001), 193-199.
- Dagnino, Evelina. 2002. *Sociedade Civil, Espaços Públicos e a Construção Democrática no Brasil: Limites e Possibilidades*. In: *Sociedade Civil e Espaços Públicos no Brasil*, Hg. Dagnino, Evelina, São Paulo: Paz e Terra, 279-302.
- De Toni, Jackson. 2002. »Reflexões sobre as possibilidades do planejamento no setor público – do Orçamento Participativo ao planejamento estratégico.« *Ensaio FEE*, vol. 23, Nr. 2 (2002), 949-975.
- Faria, Cláudia Feres. 2002. »Do conflito jurídico ao consenso democrático: uma versão da implementação do OPRS.« http://www.democraciaparticipativa.org/Arquivos/bibl_conflito_juridico.htm, 16.4.2003.
- Faria, Luiz Augusto Estrella. 2002. »Compromisso e Ação: o Governo Democrático e Popular do RS.« Unveröffentlichtes Manuskript.
- Fedozzi, Luciano. 2001. *Orçamento Participativo – Reflexões sobre a experiência de Porto Alegre*. Porto Alegre: Tomo Editorial.

- FEE – Fundação de Economia e Estatística. 2001. »Anuário Estatístico do Rio Grande do Sul 2001.« Porto Alegre: Fundação de Economia e Estatística Siegfried Emanuel Heuser (CD-Rom).
- Galeano, Eduardo. 2001. *Die Füße nach oben – Zustand und Zukunft einer verkehrten Welt*. Wuppertal: Peter Hammer Verlag, 2. Auflage.
- Leubolt, Bernhard. 2003. »Das Partizipative Budget – Demokratisierung der Wirtschaftspolitik in Porto Alegre.« *Kurswechsel* Nr. 1 (2003), 44-54.
- Leubolt, Bernhard. 2003a. »Die konkrete Umsetzung der Vision eines öffentlichen Staates – Teilhabe an der Budgetpolitik in Porto Alegre und Rio Grande do Sul.« Paper präsentiert am 1. Austrian Social Forum/Hallein, 29.5.-1.6.2003.
http://www.stoppgats.at/down/dokumente/partizipativ_budget_poa.pdf, 10.06.2003.
- Marques, Liderau dos Santos Junior, Sabino da Silva Porto Junior. 2002. »Orçamento Participativo: a queda de um mito.« Unveröffentlichtes Manuskript.
- Marquetti, Adalmir. 2002. »Participação e Redistribuição: o Orçamento Participativo em Porto Alegre.«
http://www.democraciaparticipativa.org/Arquivos/bibl_participacao_redistribuiacao.htm, 16.4.2003.
- Novy, Andreas. 2000. »Unmasking Globalisation: From Rhetoric to Political Economy – The Case of Brazil.« *The Cambridge Review of International Affairs*, winter 2000.
- Novy, Andreas. 2000a. *Verschuldungs- und Finanzkrisen als Wegbereiter der sozialliberalen Hegemonie*. In: Finanzkrisen im Übergang zum 21. Jahrhundert – Probleme der Peripherie oder globale Gefahr?, Hg. Dieter Boris/Alvaro Berriel Díaz/Kai Eicker-Wolf/Ralf Käpernick/Jan Limbers. Marburg: Metropolis, 289-318.
- Novy, Andreas. 2001. Brasilien: Die Unordnung der Peripherie – Von der Sklavenhaltergesellschaft zur Diktatur des Geldes. Wien: Promedia.
- Novy, Andreas. 2002. *Entwicklung gestalten – Gesellschaftsveränderungen in der Einen Welt*. Frankfurt a.M./Wien: Brandes & Apsel/Südwind.
- Novy, Andreas. 2002a. »Brasiliens Herren der Macht und ihre Angst vor Veränderung.«
<http://www.univie.ac.at/dieuniversitaet/2002/wissen/10000995.htm>, 25.05.2003.
- Novy, Andreas. 2003. »Eine neue Dynamik der Demokratisierung in Gang setzen.« *Kurswechsel*, Nr. 1 (2003), 7-13.
- Oliveira, Ribamar. 2002. *Emprego*. In: A era FHC – um balanço, Hg. Bolívar Lamounier/Rubens Figueiredo, São Paulo: Cultura Editores Associados, 99-136.
- Parnreiter, Christof, Karin Fischer, Johannes Jäger und Petra Kohler. 2002. »Globalización y Desigualdades Socio-Territoriales: ¿Hacia una nueva forma de la segregación urbana en la Ciudad de México y en Santiago de Chile?« Paper präsentiert im Rahmen des Seminario Internacional de la Red Iberoamericana de Investigadores sobre Globalización y Territorio, 27. – 29. 11. 2002, Cuba.
- Pelizzari, Alessandro. 2003. »Jenseits von Privatisierungspolitik: Perspektiven gesellschaftlicher Aneignung.« *Kurswechsel*, Nr. 1 (2003), 61-70.
- Pont, Raul. 2003. *Hoffnung für Brasilien*. Köln: Neuer ISP Verlag.
- Reese-Schäfer, Walter. 2001. *Jürgen Habermas*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.

- Santos, Boaventura de Souza. 2002. *Orçamento Participativo em Porto Alegre: para uma democracia redistributiva*. In: Democratizar a Democracia – os caminhos da democracia participativa, Hg. Boaventura de Souza Santos, Rio de Janeiro: Civilização Brasileira, 455-559.
- Schneider, Aaron, Bem Goldfrank. 2002. »Orçamentos e votações no Brasil: orçamento participativo da cidade ao estado.« Document 149, Brighton: Institute of Development Studies.
- Schwaiger, Eva. 1997. *Lokale Budgetmitbestimmung: das Partizipative Budget in Porto Alegre/Brasilien*. Diplomarbeit WU-Wien.

Offizielle Dokumente der Regierung von Rio Grande do Sul

- Faria, Luiz Augusto Estrella. 2002a. »Mensagem do Orçamento 2003.« Porto Alegre: Governo do Estado do Rio Grande do Sul. Manuskript.
- GERS – Governo do Estado do Rio Grande do Sul. 2002. *Prestação de Contas: 1999, 2000, 2001*. Porto Alegre: Governo do Estado do Rio Grande do Sul.
- GRC/GOF – Gabinete de Relações Comunitárias, Gabinete de Orçamento e Finanças. 2002. *Orçamento Participativo – o processo em 2002*. Porto Alegre: Governo do Estado do Rio Grande do Sul.
- GRC/GOF – Gabinete de Relações Comunitárias, Gabinete de Orçamento e Finanças. 2002a. *Orçamento Participativo – orientações para propostas, debates e votações nas assembleias 2002*. Porto Alegre: Governo do Estado do Rio Grande do Sul.
- Souza, Ubiratan de. 2000. *Orçamento Participativo – Experiência do Governo do Estado do Rio Grande do Sul*. Porto Alegre: Governo do Estado do Rio Grande do Sul.

Internet Quellen

- Weissheimer, Marco Aurélio. 2002. »PT enfrenta desafio de entender por que perdeu governo do RS.« <http://agenciartamamior.uol.com.br>, 05.06.02.
- www.estado.rs.gov.br. 2002. »Orçamento Participativo.« <http://www.estado.rs.gov.br>, 04.10.2002.
- www.rs.gov.br. 06.03.03. »Governo quer transformar participação popular em lei.« http://www.estado.rs.gov.br/welcome.php?inc=noticias/noticias_view.php¬-id=22425, 04.06.2003.

Interviews

- Charão, Iria; Koordinatorin des BürgerInnendienstes in Porto Alegre, später im Bundesstaat Rio Grande do Sul; 21.08.2002, Porto Alegre.
- Gruginskie, Gilson; Regionalkoordinator des Partizipativen Budgets in der Region Vale do Taquari; 14.08.2002, Lajeado.
- Souza, Ubiratan de; Technischer Koordinator des OP in Porto Alegre, später in Rio Grande do Sul; 22.11.2002 und 03.12.2002, telefonisch.

Abstracts

During its governmental period 1999-2002 the Worker's Party (PT) tackled the democratization of the state in Rio Grande do Sul. By participating in the construction of the public budget citizens became politicized inside the public sphere. In doing this they were made aware of possible alternatives to the neo-liberal hegemony. The article gives a short conceptual overview of this process and analyses the socio-economic conditions of Rio Grande do Sul. Based on this, a definition of the institutionalization of the Participative Budget which led to the formation of a techno-democracy is given. Furthermore, the conflicts and achievements of the PT-government in Rio Grande do Sul are described. These processes should enable the formation of a democratically shaped endogenous development.

In Rio Grande do Sul wurde während der Regierung der Arbeiterpartei (PT) von 1999 bis 2002 die Demokratisierung des Bundesstaats in Angriff genommen. Durch die Teilhabe am Budget wurden die BürgerInnen im öffentlichen Raum politisiert. Dadurch sollten mögliche Alternativen zur neoliberalen Hegemonie aufgezeigt und spürbar werden. Im Artikel werden nach kurzer konzeptueller Übersicht die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen des Bundesstaats Rio Grande do Sul dargestellt. Davon ausgehend wird die Institutionalisierung des Partizipativen Budgets beschrieben, die zur Entstehung einer Techno-Demokratie führen sollte. In der Folge werden die Konflikte und Errungenschaften der PT-Regierung in Rio Grande do Sul beschrieben, die eine demokratisch gestaltete endogene Entwicklung ermöglichen sollten.

Bernhard Leubolt
Marxergasse 34/12, 1030 Wien
E-mail: leu@gmx.at